Nr. 3—4 Wien, März—April 1914. 26. Jahrgang

Monatschrift

der

„Oesterreichisch-Israelitischen Union“.

INHALT:

Monatschrift

der

Oesterreichisch-Israelitischen Union.

Nr. 3—4 Wien, März—April 1914.

Einladung

zu der am **Dienstag den 19. Mai 1914** im **Saale des Hotel Guth, II., Stephaniestrasse Nr. 14** stattfindenden

XXIX. ordentlichen Generalversammlung

der

„Oesterreichisch-Israelitischen Union“

T a g e s o r d n u n g :

1. Mitteilungen des Präsidiums;
2. Rechenschaftsbericht;
3. Kassabericht;
4. Wahlen in den Vorstand;
5. Anträge und Interpellationen;
6. Diskussion.

An unsere Wiener Mitglieder ergehen zur Generalversammlung noch besondere Einladungen.

Der Vorstand.

An unsere geehrten Mitglieder und Freunde!

Wir bitten, bei Testamentserrichtungen, Tempelspenden, Familienereignissen, Gewinsten etc. das Rechtschutzbureau der „Oesterreichisch-Israelitischen Union“ zu bedenken.

Der geschlagene Maulradikalismus.

(Zuschrift aus Nordböhmen.)

Die politischen Ereignisse der letzten Wochen lassen hoffen, daß das Gesetz der Serie, das sich so oft im Unglück bewahrheitet hat, sich nun auch einmal im guten Sinne geltend machen will. Auf die trotz dem Widerstande der polnischen Klerikalen und Konservativen erfolgte Einigung zwischen den Völkern Galiziens ist die Entlarvung der verbrecherischen Wahlpraktiken der christlichsozialen Maffia gefolgt, die eine weitere Handhabe zu der bereits durch die Juniwahlen eingeleiteten Tilgung der Wiener Rathausschande bietet, und nun scheint es, daß es auch in Deutschböhmen zu tagen beginnt, daß es auch hier gelungen ist, die Reaktion in die Defensive zu drängen. Der Brief des Abg. Bachmann an den Grafen Stürgkh mag in der Form den Eindruck einer Kriegserklärung an die Regierung machen, die sich in den Elaboraten für die Ausgleichsverhandlungen mit geradezu souveräner Verachtung über die primitivsten Forderungen der Deutschen hinweggesetzt hat. Dem Wesen nach aber ist jedes Wort dieser Absage eine fürchterliche Anklage gegen die nationale Spiegelfechterei, mit der die Radikalen die gesunden Sinne des deutschen Volkes betört haben, um an dem kräftig geschürten Feuer des nationalen Haders um so ungestörter ihr Süppchen zu kochen. Was diese Partei an dem Volke, als dessen Retter sie sich aufzuspielen beliebte, verbrochen hat, vermag heute noch nicht festgestellt zu werden, weil es noch nicht möglich ist, die Wahllosigkeit der Mittel und die verheerende Wirkung ihrer Tätigkeit zur Gänze bloßzulegen. So viel aber ist heute schon gewiß, daß die Großzügigkeit ihres Systems, die Doppelzüngigkeit des Gaukelspiels, das sie betreibt, in der Geschichte der politischen Korruption ihresgleichen sucht. Dieselben Leute, die in Böhmen in Volksversammlungen und auf Volkstagen sich als die Herren und Retter ihrer Nation aufspielten, haben in Wien ihre eigenen Forderungen um das Linsengericht einiger Ministerportefeuilles und Zeitungssubventionen an die Regierung verfeilscht. Die Ehrenmänner, die als Los-von-Rom-Streiter in den Kampf gezogen und einem freiheitlichen Programme ihre Mandate verdankten, sind in Wien der sinkenden Reaktion zu Hilfe geeilt und haben sich zu Bettgenossen der bedrängten

Christlichsozialen hergegeben. Die Partei, die sich nicht genug darin tun konnte, sich selbst mit marktschreierischen Phrasen als die einzig wahre und echte Hüterin der Volksrechte anzupreisen, hat bei der Zertrümmerung der Landesverfassung werktätig mitgeholfen und dem Absolutismus die Tore des Prager Landhauses geöffnet. Um die Entlarvung dieses frevelhaften Spiels zu verhindern, wurden die deutschen Parteien unter das Joch der deutschen Gemeinbürgschaft gebeugt, wurde gegen alle Mahner und Ankläger ein zügelloser politischer Terror entfaltet, der sich als wirksamster Waffe des Grundsatzes bediente: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so hau' ich dir den Schädel ein!" Die deutsche Sozialdemokratie, die sich von der Idee nicht abbringen ließ, daß die sicherste Gewähr für ein ehrenvolles Bestehen im nationalen Kampfe die Hebung des Volkswohlstandes sei, die Alldeutschen, gewiß nicht unsere Freunde, aber jedenfalls eine Partei, deren politischer Makellosigkeit auch die Achtung des Gegners gebührt, die Deutsche Freiheitspartei, deren Führer Abg. Zenker, nicht erlahmte, in Wort und Schrift immer wieder auf die drohende Gefahr hinzuweisen, verdiente und bewährte Nationalpolitiker, wie die Titta, Ringlhaan und Turnwald, wurden unwiderruflich in Acht und Bann getan und als Schädlinge am deutschen Volkstume hingestellt.

Vor allem waren es aber auch hier wiederum die Juden, gegen die — je nach dem lokalen Bedürfnisse — offen oder versteckt Haß und Verachtung gepredigt wurde, die als Fremdlinge und Eindringlinge von jeder Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen wurden. Alles war vergessen, was gerade die Juden Böhmens in den Jahrzehnten nationalen Kampfes und insbesondere in den Badeni-Tagen für die Sache der Deutschen erduldet und erlitten; die Verdienste, die sie sich als Träger und Stützen der deutschen Minderheiten in tschechischen Gebieten, als Mehrer und Förderer des Volksvermögens in Handel und Industrie erwarben, waren aus dem Schuldbuch des deutschen Volkes gestrichen.

Daß diese herostratische Tat nicht ohne Folgen bleiben könne, daß diese Selbstverstümmelung eine der gewichtigsten Ursachen der sinkenden Widerstandskraft der Deutschen gegenüber dem impetuosen Ansturm der tschechischen Uebermacht bildet, dieser Erkenntnis haben sich die wenigen Einsichtigen unter den deutschen Politikern längst nicht mehr verschließen könenn. Daß sie auch dazu beigetragen hat, dem Hofrat Bachmann zu seiner mutigen Auflehnung gegen den radikalen Terror zu veranlassen, hat die Tagung bewiesen, auf der die Deutsche Fortschrittspartei am letzten Sonntag im Prager Deutschen Hause mit jubelnder Begeisterung das Vorgehen ihrer Führer ratifiziert hat. Dort hat ein Redner frank und frei gegen

die antisemitische Komödie Stellung genommen und erklärt: „Es klingen uns weiter die Worte entgegen: Judenliberale, judenliberale Zeitungsmacher! Wir haben keine judenliberale Politik gemacht. Aber haben wir denn gar so viel Ueberfluß an bewährten deutschen Volksgenossen, daß wir solche noch hinauswerfen könnten? Wir werden uns nicht vorschreiben lassen, wen wir in unsere Reihen aufnehmen sollen." Das sind Worte, die man in Böhmen seit Jahrzehnten nicht mehr gehört hat und die hoffen lassen, daß es der Deutschen Fortschrittspartei ehrlich darum zu tun ist, auf dem neuen Wege zu verharren, der zu der alten, großen Tradition zurückführt, aus der diese Partei hervorgegangen und der sie nur allzulange untreu gewesen ist.

So befriedigend dieser Wandel der Dinge auch ist, so wenig kann es uns veranlassen, unser Mißtrauen aufzugeben und aus unserer Zurückgezogenheit hervorzutreten. Man hat zu viel und zu schwer gegen uns Juden gesündigt, man hat unseren Stolz zu tief verletzt, als daß wir auf die ersten Flammenzeichen hin gleich zu den Waffen greifen könnten. Der deutsche Landtagsverband hat sich von dem Diktat der radikalen Scharfmacher befreit; aber noch ist die Trennung zwischen Fortschritt und Reaktion nicht reinlich durchgeführt, noch steht vor allem das festeste Bollwerk gegen jede freiheitliche Regung im deutschen Volke — der Deutsche Nationalverband. Es wird sich ja in Bälde zeigen, ob der Sturm, der jetzt durch Deutschböhmen braust, auch diese trotzigste Zwingburg zerstört. Wir haben nichts zu versäumen und können ruhig warten, bis man uns holen kommt. Dann allerdings wird das deutsche Volk sich davon überzeugen, daß die Juden Deutschböhmens in der langen Zeit der ihnen aufgezwungenen politischen Untätigkeit das geblieben sind, was sie waren: die tatkräftigsten Verfechter jedes wahren Freisinns und die treuesten Freunde eines ehrlicher Völkerfriedens.

E. F.

Der Judenboykott in Polen*).

Polen und Juden lebten 6 Jahrhunderte beisammen. Sie ergänzten einander. Die Schlachta war die regierende Kaste, der polnische Bauer bebaute den Acker, der jüdische Handel- und Gewerbetreibende baute die Städte. Die Juden wurden oft ins Land gelockt und protegiert: waren sie doch für alle Schichten des Polentums sozial unentbehrlich. Sie stellten eine

*) Der vorstehende Artikel ist zunächst auf die Zustände in Russisch-Polen zugeschnitten, die gleichen bewegenden Ursachen des Judenboykotts sind aber schon seit langem auch in Galizien wirksam. (Anm. d. Red.)

national heterogene Klasse im polnischen Wirtschaftsorganismus dar.

Indes, allmählich änderte sich das Bild. Der soziale Differenzierungsprozeß dringt in beide Volksgruppen ein. Die Beziehungen werden komplizierter. Zu den historisch überlieferten Reibungsursachen gesellen sich neue sozialökonomische Konflikte, die wiederum eine eigenartige nationale Färbung gewinnen. Die landwirtschaftliche Krise wirft einen bedeutenden Teil der Schlachta wie des Bauerntums in die Stadt, die freien Berufe sind bald überfüllt, der Staatsdienst ist gesperrt; es bleibt nur ein Weg: Handel und Industrie. So entsteht der Boden für das Wachstum eines polnischen Mittelstands, der früher oder später gegen die Lebenspositionen seiner jüdischen Konkurrenten anstürmen wird. Von diesem Augenblick an sind neben den von jeher bestehenden nationalpsychologischen Momenten für einen Boykott des Judentums auch die wirtschaftlichen Vorbedingungen gegeben. Seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts spitzten sich durch den Zufluß der Juden aus den anderen Teilen Rußlands die Verhältnisse noch mehr zu. Die Ankömmlinge (sogenannte Litwaken) wurden von den Polen als Ausländer, ja als gefährliche Russifikatoren betrachtet, weil sie es wagten, ihren eigenen kulturellen Ueberlieferungen treu zu bleiben, statt sofort die polnische Sprache und Kultur anzunehmen. Der Vater des polnischen Liberalismus, Swentochowski, bezeichnete sie als „vagabundierende Ratten", die man schleunigst und mit allen Mitteln ausrotten müsse.

Es ist ein alter Vorgang der wirtschaftlichen und kulturellen Geschichte der Juden, der sich überall und immer von neuem abspielt. Nur die Art und Weise ist verschieden, und darin haben eben die Polen eine bemerkenswerte Originalität an den Tag gelegt. In dem Augenblick, in dem der werdende polnische Mittelstand anfängt die Juden als störenden Fremdkörper zu empfinden, verlangt man von ihnen, daß sie sich völlig mit den Polen assimilieren sollen. Die jüdische Oberschicht erklärt sich sofort dazu bereit und gibt sogar ein heiliges Versprechen ab, im Namen aller Polen mosaischer Konfession. Bald aber erwies es sich als Utopie, daß das Judentum im Polentum aufgehen könnte. Im Gegenteil, gerade mit dem Erwachen der breiten Massen und insbesondere mit der Entstehung der Arbeiterschaft beginnt das polnische Judentum seine alten Kulturgüter zu sichten und zu sammeln. Die Revolutionszeit hat den Polen unzweideutig bewiesen, daß die Vorherrschaft der assimilationslustigen Oberschicht des Judentums eine Einbildung ist. Jene Erklärungen der Todesbereitschaft des Judentums, denen dieser nationale Tod nicht folgte, haben nur zur Verschärfung des Konflikts beigetragen. Von nun an

war der offene Feldzug gegen die angebliche jüdische Gefahr unvermeidlich. Ungeduldig erwartete man einen Anlaß zur Kriegserklärung. Und mit provokatorischer Schlauheit wurde bald die jüdische Provokation inszeniert: Die jüdischen Wahlmänner in Warschau, die bei der Wahl zur vierten Duma die absolute Majorität hatten, weigerten sich den offen antisemitischen Kandidaten Kucharszewski als ihren Vertreter in die Duma zu entsenden. Sie gingen gleichwohl in ihrer Nachgiebigkeit so weit, daß sie im 1. Wahlgang für einen weniger aggressiven Antisemiten aus dem Lager Kucharszewskis stimmten, der aber nicht gewählt wurde. Danach stimmten sie, nicht etwa für einen Juden, nein, für den polnischen Sozialisten Jagello. Da ging durch das gesamte bürgerliche Polen der heuchlerische Entrüstungsschrei, der wohl vorbereitet worden war: Die Juden wollen Polen erobern. Hinaus mit den Juden! Die Maske des ritterlichen Polen wurde fortgeschleudert, und nun steht vor aller Augen mit haßverzerrtem Antlitz der kleinlich grimmige polnische Händler, der wütend und brutal gegen alles loszieht, was seinem Interesse im Weg steht; natürlich unter dem Banner des Fortschritts und der Kultur. Die Juden haben seit 600 Jahren an Polen mitgebaut? Den polnischen Handel geschaffen? Der polnischen Industrie den ganzen russischen Markt erschlossen? Was geht das uns an! Sie sind gefährliche Konkurrenten, also müssen sie boykottiert werden. Polonisiert den Handel, den Kredit, die Industrie! Der Futterneid ist die Haupttriebfeder des Judenboykotts in Polen.

Die Polen wollen aus ihren eigenen Reihen einen Mittelstand heranbilden. Niemand wird daran etwas auszusetzen haben. Schafft neue ökonomische Positionen, entwickelt die wirtschaftliche Kultur des Landes und seine Produktivkräfte, sucht durch Bildung, Organisation und Unternehmungsgeist eurem Lehrmeister, dem jüdischen Mittelstand, den Rang abzulaufen! Dazu ist aber das polnische Bürgertum viel zu träge, zu geistesarm und zu unternehmungsfaul. Man zieht es vor, bei dem ersten besten äußern Anlaß ,den Weg zu gehen, auf dem am wenigsten Widerstand zu erwarten war: Man vertreibt die Juden einfach aus den Positionen, die sie sich seit Jahrhunderten errungen hatten; man proklamiert einen grandiosen unblutigen Pogrom. Nicht Eigenes bauen, sondern Fremdes zerstören: das ist jetzt die Losung des polnischen Bürgertums. Und diese Nation, die so, nicht durch eigene Leistungen sondern durch einen chauvinistischen Raubzug, andere aus ihren wohlerworbenen Positionen brutal vertreibt, wehklagt über die Germanisierung der deutschen Ostmarken durch die innere Kolonisation, die doch nicht nur nationalen Kampfescharakter hat, sondern daneben und darüber dem Ganzen der Volkswirtschaft neue produktive Werte schafft. In Posen: heilige

Entrüstung über nationale Unterdrückung; in Russisch Polen: wilde Hetzrufe gegen ein unterdrücktes Volk; diesen Januskopf zeigt das Polentum dem übrigen Europa. Und mit welchen Mitteln arbeitet es, wo es die Macht hat: Wandernde Boykottagitatoren durchziehen das Land, Pogromdrohungen, direkte Mißhandlungen, ja Brandstiftungen sind an der Tagesordnung.[1]) Durch diese barbarischen Kampfmethoden, durch die Ableugnung des Prinzips der Gleichberechtigung und des freien Wettbewerbs gewinnt die Boykottbewegung in Polen einen ausgesprochen hysterischen Charakter. In dieser Atmosphäre kochenden Hasses kann heute in Polen keine Idee auf eine günstige Aufnahme rechnen, die nicht antisemitisch gefärbt ist. Das Wesensverschiedene wird dabei in einen Sack getan, das Zusammengehörige getrennt. Alles ist heute in Polen antisemitisch: Freidenkertum und Klerikalismus, Radikalismus und Feudalismus, Liberalismus und Konservativismus, Feminismus, Nationalismus, ja sogar Genossenschafts- und Kulturbewegung.

Unbestritten gebührt den Polen die Urheberschaft des sogenannten progressiven Antisemitismus oder humanen Kannibalismus und des klerikal-chauvinistischen Kooperatismus. Die Genossenschaft, einer der wirksamsten Faktoren der Solidarisierung in unserer Zeit, haben sie zu einem Werkzeug der Zwietracht und des Menschenhasses umgewandelt. Die gesamte polnische Genossenschaftsbewegung steht gegenwärtig unter klerikal-chauvinistischer Führung.[2]) Von den 922 Konsumgenossenschaften des Jahres 1912 in Russisch Polen waren nur 35 Arbeitergenossenschaften, darunter hatten 27 ausgesprochen antisemitische Tendenz. Also im ganzen blieben kaum 10 moderne Genossenschaften. Ein großer Teil der polnischen Kreditgenossenschaften nimmt überhaupt keine Juden auf, die anderen beschränken deren Aufnahme auf einen bestimmten Prozentsatz der Mitgliedschaft. Vor kurzem verlangten die Polen von der russischen Regierung eine gesetzliche Beschränkung der Mitgliedschaft der Juden in der städtischen Kreditgesellschaft zu Warschau. Nur durch den reaktionären Charakter der jetzigen polnischen Genossenschaft wurde das ökonomisch widernatürliche Bündnis des polnischen Konsumenten mit dem kleinen und mittleren Händlertum ermöglicht. Ausschlaggebend wirkt hier nicht das Interesse der Gesamtheit, sondern das Streben des polnischen Kleinbürgers, die Funktionen, die bisher von Juden geübt wurden, an sich zu reißen. Diese inner-

---

[1]) Ein Beispiel für viele: Im Dorf Pontnew ist eine jüdische Familie von 8 Personen im Feuer umgekommen. Denn Fensterläden und Türen waren von außen festgenagelt, das Feuer an allen Ecken des Hauses angelegt worden. Das ganze Dorf sah dies mit an, und keiner rührte sich, um zu helfen. In einem andern Ort ist eine wohlorganisierte Bande jugendlicher Brandstifter tätig.

[2]) Siehe auch Bernhard: Die Polenfrage. Leipzig 1910, pag. 248 f.

lich wiedersprucbsvollen Gebilde können aber unmöglich auf dauernden Erfolg rechnen; denn gleichzeitig wird eine Unzahl neuer, nationaler Kramläden errichtet, die das eigentliche Endziel der Bewegung bilden und die dann zu den eigentlichen Hemmnissen der modernen Genossenschaftsidee werden. Fortschritt und Solidarität sind hier eben bloß Masken für die eigensüchtige Politik einer Schicht, die nicht neue Gebilde schaffen, sondern nur das von anderen Geschaffene sich selbst zuführen will.

Auf dem Gebiet der Mittelstandsbewegung hat der Boykott im wesentlichen schon bestehende soziale Konflikte bis zur äußersten Schärfe getrieben. Die Boykottbewegung ist aber weit über den Rahmen dieser ursprünglichen Konflikte hinausgegangen und hat auf politischem und gesellschaftlich-kulturellem Boden den Charakter eines nationalpolnischen Feldzuges gegen das gesamte Judentum angenommen.

In der Politik führte der Boykott einen starken Umschwung unter dem gesamten polnischen Bürgertum herbei. Bisher waren die Polen stets und überall die natürlichen Bundesgenossen der allrussischen Opposition. Jetzt aber sind sie offen und auf der ganzen Linie auf die Seite der Reaktion übergegangen. Die Unterdrückten haben sich als rücksichtslose Unterdrücker entpuppt. Die Polen haben nunmehr klar bewiesen, daß ihre oft gerühmte Freiheitsliebe stets eigennützig war, daß sie sie auf fremde Kosten befriedigen wollten. Sie verlangen Freiheit und Autonomie, und gleichzeitig führen sie bei sich überall Freiheitsbeschränkungen ein. Sie scheuen sich nicht die Faust zu küssen, die gestern ohne Federlesen das Cholmgebiet von Polen abgerissen hat, wenn sie sich nunmehr dieser Faust gegen die Juden bedienen können. Auf Grund zahlreicher Gemeindebeschlüsse und kollektiver Denunziationen in Petersburg werden die Juden täglich massenweise aus den polnischen Gemeinden ausgewiesen. Dabei muß die russische Bureaukratie oft den Uebereifer der polnischen Freiheitskämpen dämpfen. Mit zynischer Offenheit befürworten diese in der Duma die weitestgehenden Beschränkungen der jüdischen Rechte in der Selbstverwaltung der polnischen Städte, an deren Ausbau und Aufschwung die Juden den tätigsten Anteil genommen haben. Und die Reichsduma hat auch die Juden den Polen ausgeliefert und die Rechtsbeschränkungen sanktioniert. Der Reichsrat tat desgleichen. Nur erteilte er gleichzeitig den Polen eine politische Lektion von echt mephistophelischem Sarkasmus, indem er bei dieser Gelegenheit in den Körperschaften der polnischen Selbstverwaltung den Gebrauch der polnischen Sprache kurzweg verbot. Ihr wollt die Juden verzehren und wir euch: Was konnten die Polen auf diese unwiderstehliche Logik erwidern? Die Herren Dmowski und Konsorten erklären

ja tagtäglich, Toleranz und Gleichberechtigung seien platte Sentimentalitäten „sozialistischer Narren", die Macht sei das Wesen der Dinge. Zweifellos wurde den Polen diese politische Weisheit von den Kosaken beigebracht, und in mancher Hinsicht versprechen sie sogar, ihre Lehrmeister zu übertrumpfen.

Auch auf gesellschaftlichem und kulturellem Gebiet hat der Boykott Erscheinungen zutage gefördert, die eine ungeheure Sittenverrohung im heutigen Polen bezeugen. Polnische Schulen weigern sich jüdische Kinder aufzunehmen. Diese werden in den Schulen oft mißhandelt. Polnische Aerzte lehnen es ab, jüdische Patienten zu empfangen und befürworten den Boykott ihrer jüdischen Kollegen. Radikale Freidenker à la Niemojewski veröffentlichen Artikel über den Judaismus, die direkt dem Arsenal der russischen Pogromhetzer entnommen sind. Während des Beilisprozesses war es in der ganzen Kulturwelt vielleicht einzig die polnische Presse, die offen oder versteckt über diese Kulturschmach frohlockte. Der Verband für Gleichberechtigung (!) der Frauen sowie die allgemeine Konferenz polnischer Frauen in Krakau faßten einen frauenrechtlerischen Beschluß eigener Art: nämlich am Boykott energisch teilzunehmen. Die kulturelle Hochburg des polnischen Radikalismus, der Verband Kultura Polska, relegierte aus seiner Mitte sämtliche „nicht echt polnischen" Elemente. Und als die sozialistischen Sektionen des Verbandes dagegen protestierten, ertönte der allgemeine Ruf: Juden und Sozialisten hinaus! Wiederum war es die russische Bureaukratie, die dem Polentum eine harte Lektion in nationaler Toleranz gab. Sie benutzte den inneren Zwiespalt in der Kultura Polska, um diese wegen Politiktreibens gänzlich aufzuheben.

Wir sehen also den Adel, den Mittelstand, das Kleinbürgertum, die Bauernschaft, die Geistlichkeit, die Intellektuellen, die Frauen im Boykottfeldzug einträchtig einhermarschieren, ein ungeheures Maß von Elend und Unterdrückung anhäufen, von dem man sich außerhalb Polens schwer einen Begriff machen kann und das jeden menschlich Fühlenden tief ergreifen muß. Leider fehlt es aber selbst nicht an Beispielen, daß sich auch die nichtorganisierte Arbeiterschaft aktiv daran beteiligte. So sind in mehreren Orten (Lodz, Pabianitz) polnische Boykottstreiks wegen Aufnahme jüdischer Arbeiter in die Fabriken ausgebrochen. Und während die organisierte Arbeiterschaft in Petersburg energisch hiergegen protestierte, blieb man in Warschau recht kühl. Eine Gruppe polnischer Arbeiter antwortete sogar auf die Protestkundgebungen in Petersburg: sie werde auch fernerhin bestrebt sein, die Juden aus den Fabriken und Werkstätten hinauszudrängen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß in dieser Boykottseuche nun auch die schon früher in der polnischen Arbeiterschaft stark verbreite Auffassung der

nationalen Abstufung in der proletarischen Arbeitsteilung einen günstigen Nährboden gefunden hat. Nach dieser Auffassung, die schon oft zu Boykottstreiks polnischer Arbeiter geführt hat, sollen sich die jüdischen Arbeiter wohl an der manuellen Hausindustrie, nicht aber an der maschinellen Fabrikindustrie beteiligen dürfen. Und es muß hier offen gesagt werden: Die organisierte polnische Arbeiterschaft hat es bisher unterlassen, gegen alle diese traurigen Erscheinungen innerhalb der polnischen Gesellschaft überhaupt und der Arbeiterschaft im besonderen Stellung zu nehmen.[3])

Abgesehen von der prinzipiellen und humanitären Seite der Frage, bedeutet diese Passivität aber auch ein gründliches Verkennen der realen Tatsachen. Denn am schwersten trifft der Boykott in seinem Endeffekt vielleicht die Arbeiterschaft. Wenn jüdische Fabriken ihre Produktion einschränken oder gar einstellen müssen, wenn eine Reihe von industriellen und Handelsunternehmungen zugrunde geht, wenn Polen blindlings in die Arme der russischen Reaktion getrieben wird, so werden dadurch vor allem auch die unmittelbaren wie die historischen Interessen der gesamten Arbeiterschaft schwer geschädigt. Es ist unmöglich, gegenwärtig die direkten und indirekten Folgen der Boykotthetze zu überblicken. Eins aber ist bereits klar: Sämtliche Gruppen des Judentums werden stark durch sie leiden; nützen wird sie dagegen nur einer winzigen bürgerlichen Clique und höchstens noch dem tertius gaudens: dem russischen Despotismus. Sogar der polnische Mittelstand als Gesamtheit wird durch diese Art (nicht gesunden sondern hypertropischen) Protektionismus im letzten Grunde nicht gestärkt sondern demoralisiert und in seiner ferneren Entwicklung gelähmt. Der Kredit wird eher ruiniert als nationalisiert. Die Genossenschaftsbewegung wird auf gefährliche Irrwege geleitet. Die Legende vom freiheitsstrebenden Rittervolk ist jäh zerstört, den traditionellen Sympathien der internationalen Demokratie für die Polen ist der Boden entzogen. Wie dürfte sich nun das Polentum auf das Prinzip der Gleichberechtigung der Nationen nach außen berufen, wenn es diesen Grundsatz nach innen nicht anerkennt? Und wie sollten gar die Juden es über sich gewinnen, mit der gleichen Energie wie bisher für die Autonomie Polens einzutreten, wenn sie klar erkennen, daß diese Autonomie ihnen selber den völligen Ruin bringt? Finden doch die extremen boykottistischen Pläne heute einen starken Widerstand einzig und allein in — Petersburg.

Unter dem direkten Einfluß des Boykotts ist schon heute eine bedeutende Steigerung der jüdischen und insbesondere der

---

[3]) Nur in Preußen haben die polnischen Sozialisten eine gegen den Boykott gerichtete Protestresolution angenommen.

jüdisch-proletarischen Auswanderung aus Polen zu verzeichnen. Die jüdischen Massen werden Wege suchen müssen, sich in der neu geschaffenen Situation zurechtzufinden, und sie werden sie finden, weil die unmittelbare Lebensnot ihnen den Weg zeigt. In Frage kommen hier in erster Reihe Kooperationen aller Art und Hebung der wirtschaftlichen Kultur und Technik. Die Polen aber werden die Dinge vielleicht im richtigen Licht erblicken, wenn sie beim nächsten Appell an die internationale Demokratie aufgefordert werden, erst im eigenen Haus die Grundprinzipien der modernen Gesittung zu achten und zu befolgen.

Russische Justiz.

Eine Nachlese zum Fall Beilis.

Bis auf den heutigen Tag können sich die russischen Justizbehörden über das Resultat in der Beilisaffäre nicht beruhigen. Sie verfolgen noch immer alle diejenigen, die in irgendeiner Weise beigetragen haben, die Ritualmordversion zu zerstören und überschütten mit Gunstbezeugungen die andere Partei. Da verlohnt es sich wohl, die wichtigsten Vorkommnisse auf diesem Gebiet zu registrieren:

Als das ehemalige Haupt der Kiewer polizeilichen Detektivabteilung Mistschuk die Ritualmordversion im Falle Justschinski ablehnte, wurde er des Dienstes enthoben und vor Gericht gezogen. Als jedoch das Kiewer Gericht ihn freigesprochen hatte, da wurde die Sache auf Betreiben des Staatsanwalts nach Charkow verwiesen, wo sich auch Richter fanden, die über Mistschuk eine äußerst strenge Strafe, ein Jahr Arrestantenkompagnie, verhängten.

Der durch seine frühere Tätigkeit mehrfach ausgezeichnete Chef der Detektivpolizei, Krassowski, der so lange Liebkind war, als er die Ritualmordaffäre stützte, verfiel ebenfalls in Ungnade in dem Moment, in dem er sich von diesem Gedanken lossagte. Er geriet in den Anklagezustand, weil er einmal einen Bauern Kolbassa ungesetzlicherweise festgenommen hätte. Also geschehen in Rußland, wo alle Polizeibeamten zahllose Handlungen dieser Art begehen, ohne daß jemals das Gericht sich damit befaßte.

Als die Inhaberin eines Monopolschnapsladens Malitzkaja in der Voruntersuchung für Beilis günstig aussagte, erhielt sie ihren Abschied. Ihr wurde zur Last gelegt, daß sie sich zwecks dieser Bekundung vom Dienste entfernt und den Laden eine kurze Weile geschlossen hätte.

Der Revieraufseher Kiritschenko, der während des Beilisprozesses den Angeklagten entlastende Aussagen machte, wurde zunächst gemaßregelt und dann in Anklagezustand versetzt. Be-

gründung: ein ihm übergebener Gefangener sei geflohen. In Wirklichkeit war er gar nicht in der Lage, diese Flucht zu verhindern, da er nur die formelle Beaufsichtigung des Häftlings hatte, die reale aber einem anderen übergeben war.

Ein hervorragender Petersburger Staatsanwalt, der im Kiewer Ritualmordprozeß als Ankläger nicht auftreten wollte, wurde gezwungen, seinen Dienst aufzugeben und zur Rechtsanwaltschaft überzugehen.

Der Untersuchungsrichter für besonders wichtige Angelegenheiten, Fenenko, war wegen seiner Gegnerschaft gegen die Ritualmordversion schon im zweiten Stadium der „Affäre" von den Arbeiten der Voruntersuchung ausgeschlossen; jetzt lehnt es aber das Kiewer Gericht ab, ihn in verschiedenen Prozessen, die mit der „Affäre" in Zusammenhang stehen, selbst als Zeugen zu vernehmen.

Dem berühmten Psychiater Bechterew wurde infolge und während seiner Gutachtenerteilung sein Lehramt an der kriegsmedizinischen Akademie entzogen: er habe bereits die Norm des Dienstalters überschritten. Es geschah, obwohl es an derselben Akademie ganz unbedeutende Professoren gibt, die selbst zehn Jahre über die Norm hinaus dozieren, und obwohl es an dieser Akademie keinen entsprechenden Ersatz für Bechterew gibt. Anderseits wurde seiner Ernennung zum Präsidenten des von ihm ins Leben gerufenen psychoneurologischen Instituts die Bestätigung versagt. Bemerkt sei, daß dieses Institut Bechterew seine Existenz überhaupt verdankt, daß er die Mittel dafür herbeischafft und dem Institut das erforderliche Prestige verschafft. Bemerkt sei sodann, daß er einstimmig zum Präsidenten des Instituts gewählt worden war.

Die Charkower Aerztegesellschaft, eine der ältesten in Rußland, deren Anstalten mehreren Gouvernements zugute kommen, eine Gesellschaft, welche außergewöhnliche Verdienste — insbesondere im Kampf gegen Epidemien — hat, wurde wegen ihres Protestes gegen die unwissenschaftlichen Gutachten von Sikorski und Kossorotow ohne weiteres geschlossen.

Ein gleiches Schicksal traf die Wologdaer Aerztegesellschaft, während der Odessaer konservative Professor Korsch wegen einer Vorlesung, in der er sich mit den westeuropäischen Gelehrten solidarisch erklärte und seine Ablehnung der obenerwähnten „echtrussischen" Gutachten kundgab, mit einem schweren Verweis davonkam, nachdem ihm zuvor mit völliger Absetzung gedroht worden war.

Einige Mitglieder der Akademie der Wissenschaften haben wegen ihrer Anteilnahme an einer Sitzung der Petersburger Psychiatergesellschaft, welche das Gutachten Sikorskis für pseudowissenschaftlich und unehrlich erklärte, von den Vorgesetzten die Mahnung erhalten, sich nicht mit „Politik" zu

befassen, da sie sonst widrige Konsequenzen zu erwarten hätten.

Dreiundachtzig Rechtsanwälte sind wegen Beteiligung an einer Versammlung der Advokatenkammer, welche eine Resolution gegen den Kiewer Ritualmordprozeß faßte, in Anklagezustand versetzt worden.

Der Kiewer erzkonservative Nationalist und Dumaabgeordnete Schulgin, der in flammenden Artikeln die russische Justiz vor der Schande des Ritualmordprozesses warnte, ist wegen seiner Kühnheit zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt worden.

Der Rechtsanwalt Grigorwitsch-Barski ist wegen seiner Unterzeichnung eines allgemeinen Appells gegen den Ritualmordwahn disziplinarisch bestraft worden.

Der Rechtsanwalt Margolin ist auf Grund von Verleumdungen der wirklichen Mörderin des Justschinski, der Vera Tscheberjak, von der Kiewer Gerichtskammer aus dem Advokatenstand ausgeschlossen worden.

Der Journalist Brasul-Bruschkowski, der in der „Affäre" die bekannten Enthüllungen zutage gefördert hat, hat ein Jahr Gefängnis bekommen, weil er beim Spielen der Zarenhymne in der Kiewer Ausstellung angeblich sich nicht von seinem Platz erhoben hätte. Erwiesen ist, daß er an einer Stelle sich befand, an der das Spielen der Hymne gar nicht gehört werden konnte.

Ueber hundert Strafen haben die Presse wegen des Falles Beilis getroffen: drei Zeitungen mußten ihr Erscheinen einstellen, mehrere Redakteure wurden verhaftet, zahlreiche Zeitungsnummern konfisziert, etwa vierzigtausend Rubel in Geld bezahlt, und noch steht eine ganze Serie von solchen Prozessen gegen die Redakteure bevor.

Dies ist nur ein kurzer Ausschnitt aus den Erlebnissen derer, welche gegen den Ritualmordprozeß auftraten. Wie anders war es um die Gegenpartei bestellt!

Mitteilungen der „Oesterreichisch-Israelitischen Union":

Todesfälle.

Am 15. April d. Js. starb in Wien der bekannte jüdische Bankier Lucian Brunner, der viele Jahre auch unser Mitglied war. Der Verstorbene gehörte lange Jahre der demokratischen Partei an und gelangte als solcher in den Wiener Gemeinderat. Hier erregte er durch seine kritische Rednergabe

wie durch sein energisches, draufgängerisches Wesen Aufsehen und den Grimm der Christlichsozialen, insbesondere durch die von ihm provozierte Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes, daß die Gemeinde nicht berechtigt sei, aus allgemeinen Steuergeldern katholische Kirchenbauten zu subventionieren. In den letzten Jahren hatte sich Lucian Brunner der zionistischen Partei angeschlossen, für die er namhafte materielle Opfer brachte. Auch wir, die wir nicht immer gleicher Meinung mit ihm waren, müssen von ihm rühmend sagen, daß er für alle jüdischen Interessen ein warmes Herz und eine offene Hand hatte.

In den letzten Apriltagen ist im hohen Alter von 84 Jahren Eduard Suess gestorben, der große Gelehrte, der bahnbrechende Forscher, der glänzende Parlamentarier, der die Traditionen der Verfassungspartei und des heroischen Zeitalters des österreichischen Parlamentarismus in unsere Epoche hinübergetragen hat. Eduard Suess hat mit seiner großen Gerechtigkeitsliebe und seinem hochentwickelten Kulturgefühl die antisemitische Bewegung stets auf das schärfste bekämpft und es nicht verschmäht, seinen freiheitlichen Ueberzeugungen auch in der „Oesterreichisch-Israelitischen Union“ Ausdruck zu geben, in deren Mitte er am 18. Jänner 1896 einen vielbemerkten Vortrag hielt.

Spenden.

Die Erben nach unserem verewigten Mitgliede Herrn Julius Baad haben über dessen letztwillige Verfügung der „Oesterreichisch-Israelitischen Union“ den Betrag von K 50.— übermittelt.

Von Herrn Kammerjuwelier Theodor Köchert sind uns „als Sühne für eine Beleidigung“ K 50.— zugekommen.

Die Erben nach unserem verewigten Mitgliede Herrn Max Jeiteles haben im Sinne des Verstorbenen und zum Andenken an denselben der „Oesterreichisch-Israelitischen Union“ den Betrag von K 100.— gespendet.

Herr Dr. Alfons Thorsch hat für Zwecke des Rechtsschutzes eine Spende von K 200.—, Herr Adolf Schramek für die gleichen Zwecke eine Spende von K 100.— gewidmet.

Wir sprechen für diese Zuwendungen hiemit öffentlich unseren wärmsten Dank aus.

Aus unserem Rechtsschutz- und Abwehr-Bureau.

Neue Ritualmordmärchen.

Eine plumpe Ritualmordgeschichte erzählt das „Echo de Paris“ aus Soccia, auf der Insel Korsika. Dort soll der vierjährige Domenico *Fiesci* unter geheimnisvollen Umständen verschwunden sein. Man hatte alle Wälder abgesucht, aber nichts gefunden. Auch die Vermutung, daß das Kind von frei umherlaufenden wilden Schweinen getötet und aufgefressen worden ist, läßt sich nicht aufrechterhalten, da nirgends etwas von Ueberresten gefunden worden ist. So bietet denn jetzt die klerikale Pariser Zeitung unter der fetten Ueberschrift „Ist ein Ritualmord verübt worden?“ folgende Beschreibung an: Das Kind ist gleich von jüdischen Kaufleuten, die durch die Gegend kamen, aufgegriffen und verschleppt worden. In Korsika soll die Aufregung groß sein und alles glaubt, daß ein Ritualmord vorliegt, der mit dem bevorstehenden Osterfeste in Verbindung zu bringen sei. Bis jetzt ist Frankreich von dem Ritualmordwahnsinn so ziemlich frei gewesen.

* * *

Aus Rußland werden mehrere Fälle mit Christenknaben gemeldet, die die christliche Bevölkerung stark aufgeregt haben sollen und dort das Tagesgespräch bilden. Unweit der Eisenbahnbrücke bei der Station *Kowelj* wurde die Leiche eines achtjährigen Knaben mit Stichwunden an der Brust, dem Halse und dem Kopfe gefunden. Es wurde festgestellt, daß am Tage vorher ein rothaariger Mann den Knaben auf dem Arm getragen hatte. Den Passanten hätte er erklärt, er trage den Knaben, weil er ein Krüppel sei. — In Umanj wurde der in einer Matzenbäckerei tätige 13jährige christliche Knabe Anton *Summer* von einer Maschine verletzt, wobei er etwa ein Glas voll Blut verlor. Er und ein anderer Christenknabe Grigori Boshkewitsch behaupten nun, Summer sei von den jüdischen Bäckern gewaltsam in die Maschine hineingestoßen worden. Der Stadtarzt konstatierte eine schwere Verletzung des Armes des Knaben.

In einer kleinen Provinzstadt hatte kürzlich ein Mann aus Rache gegen einen Juden das Gerücht ausgesprengt, daß die Juden ein Christkind geraubt hätten, und es gelang nur dem Dazwischentreten besonnener Leute, die auf das Lügnerische des Gerüchtes hinwiesen, eine Judenhetze zu verhüten. — Ein zweiter Fall spielte sich in *Lodz* ab, wo in dem Laden eines gewissen *Schwarz* vor einigen Tagen die Decke einstürzte. Der Ladeninhaber schloß, um Diebstähle zu verhindern, sein Geschäftslokal, worauf sich in der Volksmenge das Gerücht

verbreitete, daß bei Schwarz ein Christenknabe zu rituellen Zwecken versteckt gehalten werde. Die Menge geriet in Aufregung und wollte die Tür zum Laden einrennen. Ein gewisser Kalinski, der die Menge beruhigen wollte, wurde schwer ver-regung und wollte die Zür zum Laden einrennen. Ein gewisser Kalinski, der die Menge beruhigen wollte, wurde schwer ver-letzt. Schließlich gelang es der Polizei, Ordnung zu schaffen.

Besonders charakteristisch ist aber folgender Fall, von dem in der Rjetsch berichtet wird. In Borispol, Gouv. Poltawa, hatte sich der Schüler der 2. Klasse einer Elementarschule Ljaschtschenko eigenmächtig nach Kiew begeben. Um seine Ausreißerei zu entschuldigen, erklärte er, daß ihn Juden fortgeschleppt hätten, um ihm „sein Blut abzuzapfen". Als sich die Lüge des Knaben herausstellte, wurde er aus der Schule ausgeschlossen.

* * *

Der „Aufwärts" als Organ des St. Josefvereins zur „Verbreitung guter Schriften", der auf dem Titelblatt besonders verzeichnet, daß er von Papst Pius X. gesegnet sei und ferner eine Empfehlung des Bischofs von Trier abdruckt, gibt sein Februar-März-Heft zur Aufwärmung einer der zahlreichen Lügen über den angeblichen jüdischen Ritualmord her. Für diese Nummer ist noch eine besondere Propaganda getrieben worden; so ist sie, wie aus Mainz berichtet wird, dort in vielen Exemplaren vor die Haustüren gelegt worden.

Die Fälschung, deren erneute Verbreitung in Nachahmung der längst entlarvten Vorläufer aus dem antisemitischen Lager das Blatt sich angelegen sein läßt, ist der angebliche Ritualmord an dem Knaben Simon von Trient im Jahre 1475. Die Geschichte ist schon unzählige Male klargestellt, und auch die kirchlichen Autoritäten haben die Behauptung eines Ritualmordes deutlich und entschieden zurückgewiesen. Um so ungeheuerlicher ist es, daß das Organ des St. Josefsvereins es wagt, die Dinge so zu erzählen, als handle es sich um einen gerichtlich einwandfrei festgestellten Ritualmord, wobei alle die früheren Fälschungen, einschließlich der Daten, unbekümmert um die späteren berichtigenden Feststellungen dreist wiederholt werden. Demgegenüber sei auf folgendes hingewiesen, wobei wir uns auf eine für Katholiken gewiß einwandfreie Quelle beziehen, nämlich auf das Buch des früheren Zentrumsabgeordneten Pfarrer Frank: „Der Ritalmord vor den Gerichtshöfen der ,Wahrheit und der Gerechtigkeit" (G. J. Manz, Regensburg). Wegen der Ermordung des Simon von Trient wurde allerdings vom Bischof Hinderbach ein Ritualmordprozeß gegen mehrere Juden auf Grund ganz vager Angaben eingeleitet und eine Verurteilung

durchgesetzt, aber nur nachdem nach 15 tägigen schlimmsten Folterungen von den Eingekerkerten Geständnisse erpreßt waren, die nachher widerrufen wurden. Die Führung dieses Prozesses machte einen so schlimmen Eindruck, daß Papst Siegmund IV. einen zweiten Prozeß anordnete und durch seinen eigenen Legaten durchführen ließ, und in diesem zweiten Prozeß wurden die Juden für unschuldig an dem Tode des Knaben erklärt. Diese Korrektur des früheren Prozesses aber haben die antisemitischen Fälscher unterschlagen, und der ihnen gesinnungsverwandte „Aufwärts" folgt diesem würdigen Beispiel.

Uebrigens hat eine Anzahl von Päpsten die ganze Blutanklage zurückgewiesen. So nennt sie Papst Paul III. in einer Bulle vom Jahre 1540, also nach dem Trienter Fall, eine Ausgeburt von Haß und Neid, von verblendeter Habsucht, um sich die Habe der Juden aneignen zu können, und verbot die Erneuerung dieser Anklage unter Androhung der schwersten kirchlichen Strafen. Pfarrer Frank sagt in seinem Buch als Ergebnis seiner Untersuchungen: „Es ist unmöglich, daß ein Jude, der bei gesundem Verstande ist, den Ritualmord billigt, ein Jude, der sein göttliches Gesetz nicht vollständig ableugnen will, einen Ritualmord verüben kann."

* * *

In dem unweit von Konitz unseligen Angedenkens gelegenen kleinen westpreußischen Städtchens Zempelburg im Kreise Flatow spukt wieder mal, wie ja öfters zur Osterzeit, in allerhand dummen und böswilligen Köpfen das Märchen von einem „Ritualmord", den jüdische Mitbürger begangen haben sollen. Diese Gerüchte finden leider anscheinend immer noch gläubige Gemüter, und so hat die weitere Umgegend von der Erregung in Zempelburg erfahren. Die Zeitung der Provinzstadt, die „Flatower Ztg.", erzählt von den wilden Gerüchten, die seit dem Tode des bei dem jüdischen Fettviehhändler Georg Werner bedienstet gewesenen Dienstmädchens Schmidt die Stadt Zempelburg durchzögen. Wie das Blatt weiter berichtet, ist nach dem Zeugnis der Aerzte das Mädchen an Gasvergiftung gestorben. Eine Anzahl Mitbürger aber glaubte diese Erklärung der Todesursache nicht. Sie sprechen von Schnitten, die sich an der Leiche vorgefunden haben sollen, von Blutleere und allen möglichen und unmöglichen Dingen. Mehr oder weniger laut behaupten viele, daß hier ein „Ritualmord" vorliege. Das Blatt schließt seine Mitteilungen mit der Bemerkung, es wäre im Interesse der Bürgerschaft dringend geboten, daß die Behörden einen amtlichen Bericht über diese Angelegenheit veröffentlichten, damit nicht unnötigerweise die Erregung weitere Kreise ergreife. Nun sind diese Feststellungen

inzwischen erfolgt. Daß der Tod infolge Gasvergiftung erfolgt ist, hat der praktische Arzt, der die Leiche untersucht hat, amtlich bescheinigt. Und da auch von dem Arzt irgendwelche Schnitte oder gar Anzeichen von Blutleere an der Leiche nicht wahrgenommen worden sind, ist sie anstandslos für die Bestattung freigegeben worden. Die weitere Aufgabe der Behörden wäre es nun, die Urheber solcher ebenso törichten wie böswilligen Gerüchte festzustellen und zur Verantwortung zu ziehen.

* * *

Die in vielen Blättern Rußlands erschienene Nachricht, daß zwecks Simulierung eines Ritualmordes einige Werst von Minsk entfernt zwei Bauern unbemerkt vom Wirte in einer jüdischen Schenke erschienen seien und einen Kasten hinterlassen hätten, in dem die eingetroffenen Behörden die Leiche eines Knaben mit 21 Stichwunden am Halse entdeckt hätten, und daß die Bauern von den Behörden festgenommen worden seien, ist vollständig erfunden und entbehrt jeglicher Begründung.

* * *

Dem jüdischen Schneider Paschkow, der in Sachen des Fastowschen Knabenmordes lange Zeit in Haft gehalten worden ist, ist nun, der „Now. Wr.“ zufolge, sein bei der Arretierung abgenommener Paß zurückgegeben worden. Sein Gesuch um Ausfolgung der Leiche seines Sohnes zur Beerdigung auf dem jüdischen Friedhof hat man jedoch abschlägig beschieden.

Die Oberlehrerstelle der Volksschule in der Werdertorgasse.

Eine Kundmachung des Wiener Bezirkschulrates schreibt die Besetzung der Oberlehrerstelle in der Volksschule, I. Bezirk, Werdertorgasse Nr. 6, zum Konkurse aus. Es ist dies bekanntlich eine seit Jahren umstrittene Oberlehrerstelle. Vor etwa drei Jahren wurde sie mit einem katholischen Oberlehrer besetzt. Da die Schule jedoch eine israelitische Schülermajorität hatte, erhob die Wiener israelitische Kultusgemeinde Einspruch gegen diese Besetzung und der Verwaltungsgerichtshof gab dem Rekurse Folge, so daß die erledigte Stelle nunmehr für einen Bewerber israelitischer Konfession zur Ausschreibung gelangt. Die an den Stadtrat zu richtenden Gesuche sind bis 20. April d. J. zu überreichen.

Ein Staatsbeamter als antisemitischer Hetzer.

Wir haben am 24. März folgende Beschwerde an den Minister für öffentliche Arbeiten Dr. Trnka gerichtet:

„Euer Exzellenz!

Nach dem Berichte der hier beiliegenden Nr. 22 der „Brüxer Volkszeitung“ vom 17. März 1914 hat auf dem am 15. März d. J. in Brüx abgehaltenen deutsch-radikalen Volkstag Herr k. k. Oberbergkommissär Dr. Wachter des k. k. Bergamtes Brüx eine in hohem Maße aufreizende Rede gegen die Juden gehalten.

Es fällt uns nicht ein, die politischen Gesinnungen des Herrn Ober-Bergkommissärs kontrollieren oder ihn gar veranlassen zu wollen, daß er den Juden freundlich gesinnt sei. Allein es geht nicht an und wir wollen es uns auch nicht ruhig bieten lassen, daß ein Staatsbeamter in öffentlich-politischen Versammlungen eine ganze Klasse friedlicher und gewerbfleißiger Staatsbürger beschimpft und Haß und Neid gegen sie wachruft. Die Stellung eines Ober-Bergkommissärs im westböhmischen Braunkohlenrevier ist nicht nur eine sehr einflußreiche, sondern auch eine sehr instruktive; und gerade Herr Dr. Wachter könnte in dieser Stellung wohl ermessen, in welchem Maße die Juden für den Aufschwung von Handel, Industrie, Gewerbe und Bergbau mittätig sind und so zur Mehrung des Volksvermögens und des Nationalreichtums beitragen. Würde das Beispiel, das Herr Ober-Bergkommissär Dr. Wachter geboten hat, Nachahmung finden und ungerügt bleiben, dann würde zwischen den Organen des Staates und der jüdischen Bevölkerung ein Gegensatz entstehen, der den Interessen der Allgemeinheit kaum förderlich wäre. Ein öffentliches Amt erlegt Rücksichten auf, denen sich auch Herr Ober-Bergkommissär Dr. Wachter nicht entziehen darf, nebst vielen anderen Gründen auch deshalb, weil seine materielle Existenz mit auf den von den Juden geleisteten Steuergeldern beruht.

Wir stellen daher die Bitte: Euer Exzellenz wollen den k. k. Ober-Bergkommissär Dr. Wachter in Brüx durch seine Vorgesetzten darauf aufmerksam machen, welche Grenzen ihm in der Betätigung seiner politischen Anschauungen durch sein Amt gezogen sind.“

Immer wieder das Waidhofener Prinzip.

Kürzlich hat sich der Strafrichter des Bezirksgerichtes Margareten mit einer Ehrenbeleidigungsklage zu befassen, welche der Hörer der Technischen Hochschule Walter Pollack gegen den absolvierten Techniker Paul Schlauer angestrengt hatte.

Der Kläger hatte mit Herrn Schlauer im chemischen Laboratorium der Technik eine Auseinandersetzung, in deren Verlauf ihm dieser „lausbübisches Benehmen" vorwarf; daraufhin forderte der Kläger Herrn Schlauer auf, ihm vor die Aula zu folgen, worauf Schlauer erwiderte: „Sie sind doch Jude?" Auf die bejahende Antwort Pollacks soll nun der Angeklagte gesagt haben: „Nun, dann wissen Sie es ja." Herr Pollack brach nun das Gespräch ab und schrieb am nächsten Tage Herrn Schlauer einen Brief, in dem er ihn aufforderte, ihm für den Vorwurf lausbübisches Benehmen Genugtuung zu geben und zu diesem Zwecke seine beiden Vertreter namhaft zu machen. Schlauer ließ dieses Schreiben unbeantwortet. Herr Pollack erwartete nun am nächsten Tage den Angeklagten auf der Straße, trat, als er seiner ansichtig wurde, auf ihn zu und stellte an ihn die Frage: „Warum halten Sie mich für ehrlos und geben mir keine Satisfaktion?" Schlauer erwiderte: „Ich habe es Ihnen doch schon gesagt." Da also Herr Schlauer dem Angeklagten ritterliche Genugtuung beharrlich verweigerte, sah sich dieser veranlaßt, eine Ehrenbeleidigungsklage anzustrengen, indem er in der Verweigerung der Satisfaktion unter Hinweis auf seine Konfession den ungerechtfertigten Vorwurf der Ehrlosigkeit erblickte. Der Richter erkannte den Angeklagten der Ehrenbeleidigung schuldig und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 100 Kronen, indem er in der Begründung ausführte, daß der Angeklagte die Austragung der Ehrenangelegenheit auf ritterlichem Wege zweifellos in beleidigender Absicht verweigert habe, was schon daraus hervorgehe, daß er den Kläger zuerst eines lausbübischen Benehmens bezichtigte, sich dafür mit keinem Worte entschuldigte und auch weiterhin jede Genugtuung verweigerte. Als akademisch Gebildeter habe er wissen müssen, daß er die fragliche Angelegenheit mit großer Sorgfalt behandeln müsse. Er könne sich keineswegs darauf berufen, daß er nur den zweiten Teil der an ihn vom Kläger gerichteten Frage beantwortet habe; die Unterlassung der Beantwortung des ersten Teiles der Frage sei geflissentlich erfolgt, es liege aber auch in der Beantwortung zweifellos der Vorwurf der Ehrlosigkeit. Wenn auch der Angeklagte behauptet, daß das Waidhofner Prinzip für ihn nicht gelte, so hat er es offenbar nur herangezogen, um den Kläger in seiner Ehre herabzusetzen.

Eine freche antisemitische Fälschung.

Aus Berlin wird gemeldet: Der bekannte nationale Agitator und Bruder des verstorbenen Ministerpräsidenten Stolypin veröffentlichte vor einiger Zeit in der „Nowoje Wremja" eine Abhandlung in der Kiewer Affäre, worin er mitteilte, er habe ein

Bild von Munkacsy gesehen, das einen Ritualmord darstellt. Gegen diese Behauptung Stolypins wendet sich nunmehr die Witwe Munkacsys, die an ihre russischen Freunde einen französisch geschriebenen Brief folgenden Inhalts richtete: „Ich erfahre, daß ein Mensch, namens A. Stolypin, es gewagt hat, in einem russischen Blatte, der „Nowoje Wremja“, zu schreiben, daß das Gemälde „Der Ritualmord“, das man schon wiederholt unter den Namen berühmter ungarischer Maler ausgestellt hat, von meinem verstorbenen Manne gemalt sei. Ich protestiere mit aller Energie gegen eine derartige Gemeinheit. Munkacsy hat das Bild aus einer Ausstellung in Paris vor 15 oder 16 Jahren entfernen lassen, weil es unter seinem Namen ausgestellt war. Dann hat man es gewagt, das Gemälde in Brüssel auszustellen, und auch hier hat es mein Mann aus der Ausstellung entfernen lassen. Nun erfahre ich, daß man dieselbe Frechheit in Rußland begeht. Das Gemälde ist von meinem Manne weder gemalt noch inspiriert worden, und ich protestiere nochmals mit allen meinen Kräften gegen eine derartige Lüge. Ich wäre glücklich, wenn meine russischen Freunde dieser Infamie endlich ein Ende setzen würden, und ich wäre ihnen ewig dankbar dafür.“ — Der „St. Petersburger Zeitung“ ging in dieser Angelegenheit eine Zuschrift des Mitgliedes der Kaiserlichen Archäologischen Gesellschaft und Redakteurs des Großen Jüdischen Konversationslexikons Herrn J. Markow zu. Herr Markow schreibt, daß das erwähnte Bild von den Lexika aus dem einfachen Grunde nicht unter den Werken Munkacsys erwähnt wird, weil es gar nicht von ihm stammt. Auch Larousse, auf den sich A. Stolypin beruft, erwähne das Bild nicht unter den Werken Munkacsys. Munkacsy selbst hat bei Lebzeiten das in Frage kommende Bild als grobe Fälschung erklärt und gegen die Ausstellung desselben energischen Protest erhoben.

Korrespondenzen.

Meran. (Kultuskomitee.) Am 5. Feber fanden in Meran zum ersten Male die Wahlen in das „lokale Kultuskomitee“ statt, welche mit einem großen Siege der Anhänger der jüdischen Kultusautonomie und der Gründung einer selbständigen Kultusgemeinde für Südtirol mit dem Sitze in Meran geendet haben. Meran und Südtirol gehörten bisher zur Kultusgemeinde Hohenems in Vorarlberg, zu der bis zum 1. Jänner d. J. auch Nordtirol gehört hatte. Nach einem mehr als 14monatigem Kampfe ist es, trotz aller Hindernisse, Rekurse und Beschwerden, die gegen diese Bestrebungen bis zum letzten Tage gerichtet wurden, mit Hilfe aller staatlichen Behörden (Bezirkshauptmannschaft,

Statthalterei, Ministerium für Kultus und Unterricht) gelungen, den Wahltag endlich durchzusetzen. Die Wahlbeteiligung war eine enorme; nicht nur die Meraner, auch die Bozener und Trienter Juden kamen in überwiegender Mehrheit zur Wahl nach Meran. Gewählt wurden als Ausschußmitglieder Med.-Dr. Bermann, Med.-Dr. Goldstein, Med.-Dr. Wassermann, Advokat JUDr. Hugo Zuckermann (sämtlich aus Meran). Leopold Mantel, Kaufmann aus Trient, als Ersatzmänner Nandor Rieß, Kaufmann, und Hermann Zipper, Privatier aus Meran, alle durchwegs mit mindestens 132 Stimmen, während die Kandidaten der Königswarter-Stiftung mit 52 Stimmen in der Minorität blieben. Das neue Kultuskomitee hat nach der Entscheidung des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 20. September 1913 „unverzüglich die Leitung der Kultusangelegenheiten der Meraner Israeliten zu übernehmen" und „als zur Vertretung der Meraner Israeliten statutenmäßig berufenes Organ" seine Stellungnahme zu der Frage der Errichtung einer neuen Kultusgemeinde für Südtirol zu präzisieren. Es wird hoffentlich die Verhandlungen mit der Königswarter-Stiftung bezüglich der Uebergabe des Kultus zu raschem und friedlichem Abschlusse bringen und die baldige Gründung der selbstständige Kultusgemeinde für Südtirol erreichen.

Berlin. (Die Bedrückung der Juden im nahen Osten.) Der Hilfsverein der deutschen Juden hielt kürzlich in Berlin seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende Dr. James Simon schilderte, der „Voss. Ztg." zufolge, die Tätigkeit des Vereines im letzten Jahre. Die Verhältnisse in den östlichen Ländern waren für die jüdischen Glaubensgenossen infolge des Balkankrieges noch trauriger als bisher. Man mußte den Opfern des Balkankrieges aufhelfen. In Galizien hat sich die Lage der Juden verschlechtert; nach russisch-polnischem Muster hat man über sie den Boykott verhängt. Kein Wunder, daß die Auswanderung zunimmt. In Rumänien dauert der Kampf um die Bürgerrechte fort, ohne daß sich für die entrechteten Juden bisher ein Erfolg zeigt. Es fragt sich, ob man den 15.000 Juden, die unter den Fahnen gestanden haben, irgendwelche bürgerlichen Rechte einräumen wird. In Rußland ist im verflossenen Jahre die Lage der Juden noch schlechter geworden. Das Wohnrecht wird immer weiter eingeschränkt, ebenso die Wahl des Berufes. Von 3900 Aufnahmegesuchen an 10 russischen Universitäten und höheren Bildungsanstalten wurden nur 162 berücksichtigt. Die Auswanderung, die unter diesen Verhältnissen die einzige Möglichkeit der Erlösung aus dem düsteren russischen Elend ist, stieg auch ganz beträchtlich: 1912 waren es 85.000, 1913 aber 130.000 jüdische Auswanderer.

Posen. (Verein zur Abwehr des Antisemitismus.) Die unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Gothein abgehaltene Generalversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus war zahlreich besucht. Abgeordneter Gothein führte in seiner Begrüßungsansprache aus: Es sind jetzt bald 24 Jahre her, daß der Verein zur

Abwehr des Antisemitismus von Gneist und Rickert gegründet wurde. Ist dieser Verein denn heute noch eine Notwendigkeit? Trotzdem der Radau-Antisemitismus wirksam bekämpft worden und die antisemitische Partei fast verschwunden ist, spielt der Antisemitismus im politischen Leben noch immer eine Rolle. Noch immer richtet er mit seiner vergiftenden Agitation in Flugblättern, Schriften und Zeitschriften Verwüstungen an. Darum ist es notwendig, zu zeigen, was für Männer es sind, die jene Agitation treiben. Und weiter müssen wir sehen, welche Macht der Antisemitismus im Staate hat. Nach der Verfassung sind alle Staatsbürger zur Uebernahme aller Aemter berechtigt, soweit sie die erforderlichen Kenntnissen hierfür besitzen; aber trotzdem keine jüdischen Offiziere und Reserveoffiziere! Nicht anders ist es in allen Verwaltungen. Wo finden wir bei den Regierungen und Oberpräsidien, bei den Landratsämtern, selbst in der Steuerverwaltung irgend einen Juden? Das Recht, das unseren jüdischen Mitbürgern in der Verfassung gewährleistet ist, steht nur auf dem Papier. Die Verfassung wird zur Lüge durch die Verwaltung. In der Justiz wird es den jüdischen Assessoren außerordentlich schwer gemacht, in Richterstellen einzurücken. Bei der Besetzung der ordentlichen Professuren bestehen die gleichen beschämenden Beschränkungen. Selbst eine derartige Leuchte wie Geheimrat Ehrlich konnte keine ordentliche Professur an einer Universität bekommen; erst bei dem Senckenbergianum in Frankfurt a. M. ist ihm diese zuteil geworden. Es ist eine Rückständigkeit schlimmster Art, unter der wir in dieser Beziehung leiden. (Sehr richtig!) Es ist auch für den Christen ein beschämendes Gefühl, wenn er konstatieren muß, wie in einem Staatsleben die Verfassung zur Lüge gemacht wird. Wie ist es möglich, daß ein derartiger Zustand weiter bestehen bleibt? Es liegt an der Unfertigkeit der politischen Einrichtungen der Einzelstaaten, an der Unfertigkeit des Wahlrechts in den Einzelstaaten; denn auf diesem Wahlrecht beruht die Bevorzugung einer einzelnen Kaste. Unser Verein ist ja ein politischer Verein an sich, aber wir müssen eintreten für die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger ohne Rücksicht auf Religion und Rassenzugehörigkeiten, und selbstverständlich müssen wir alle Parteien bekämpfen, die ein entgegengesetztes Ziel verfolgen. Der Antisemitismus ist in andere Parteien eingedrungen; die große konservative Partei hat ihn in ihr Programm aufgenommen. Es hieße den Kopf in den Sand stecken und Vogelstraußpolitik treiben, wollten wir uns verhehlen, daß der Antisemitismus als wirksamstes Agitationsmittel der Konservativen auf dem Lande verwendet wird. Wir wollen, daß unser Volk ein einheitliches Volk werde, in dem jeder Glaube sein Recht hat. Nicht Toleranz und Duldung, sondern gleiches Recht für alle.

Nachdem Abgeordneter Kanzow einen kurzen Geschäftsbericht erstattet hatte, hielt Generalsekretär Tews-Berlin den ersten Vortrag über: „Trennung oder Vereinigung in Jugenderziehung

und Jugendpflege?" Er wandte sich gegen die Anwendung konfessioneller Gesichtspunkte sowohl in der Schule, wie sie das heutige System mit sich bringe, wie insbesondere in der Jugendpflege. Die Versuche, die Jugend schon parteipolitisch zu beeinflussen, seien durchaus zu verurteilen, und es sei jeder zu bekämpfen, der für die Jugend mit nicht einwandfreien Mitteln wirke, denn er versündige sich an der Jugend. Die staatliche Jugendpflege in ihrer jetzigen Form ist ein Mißerfolg. Wenn der Staat etwas für die Jugendpflege tun will, dann soll er es durch direkte Einrichtungen, z. B. durch Angliederung an die Fortbildungsschulen, tun und soll die vorhandenen Organisationen, die im einzelnen ja Gutes wirken können, nur insoweit unterstützen, als sie dem gemeinsam großen Ziele dienen, dagegen jede Ausschweifung konfessioneller Art bekämpfen. Wir sollen immer den Ausspruch bedenken, daß eine weitgehende Kultur eine weitgehende Trennung bedeutet. Schließlich könnte man soweit kommen, daß eine Einigung auf dem gemeinsamen Boden des Staates nicht mehr möglich ist. Sollen wir aber über die Kulturklüfte hinweg uns die Hände reichen zu gemeinsamen Handeln, so muß die Jugenderziehung die Brücke dazu bieten. Darum müssen alle Trennungen prinzipiell bekämpft werden. Nur dann wird das Ziel erreicht, die Jugend für das ganze Vaterland zu erziehen.

Im Anschluß an das mit großem Beifall aufgenommene Referat wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Hauptversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus verurteilt alle parteipolitischen Werbungen um die Jugend und das Hineintragen verhetzender und trennender Tendenzen in die Organe der Jugenderziehung und Jugendpflege auf das entschiedenste und fordert alle Gesinnungsgenossen auf, der konfessionellen, sozialen und nationalistischen Trennung und Entfremdung der Jugend, insbesondere in den Jugendpflege-Organisationen, mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Die Versammlung hält die Unterrichtsverwaltung für verpflichtet, wirksame Maßnahmen gegen verhetzerische Agitationen in den staatlich unterstützten Jugendpflege-Organisationen zu treffen."

Landtagsabgeordneter Wolff-Lissa sprach über: „Naturalisation und Aufenthaltserlaubnis in Theorie und Praxis." Der Redner nahm Bezug auf die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhause über die Naturalisation und legte eine Statistik vor, aus der zu schließen sei, daß die Juden bei der Naturalisation zurückgesetzt würden, obwohl die Zentralinstanzen dies bestreiten. Man sollte statt des Grundsatzes: „Der Staat hat ein Interesse oder kein Interesse daran, den oder den zu naturalisieren", sagen. „Es steht der Naturalisation kein staatliches Interesse, bezw. ein staatliches Interesse entgegen". Die Praxis muß gemildert und dem Betreffenden muß die Möglichkeit gegeben werden, ein Rechtsmittel gegen die erste Entscheidung zu gebrauchen. Vielleicht tritt eine Aenderung durch den Wechsel in der Person des Ministers des Innern ein. Mit der Aufenthaltserlaubnis ist es noch viel schlimmer; da gibt es über-

haupt kein geschriebenes Recht. Preußen als ein Kulturstaat sollte jenes ungeschriebene Völkerrecht sich zu eigen machen, daß Ausweisungen aus konfessionellen und politischen Gründen nicht stattfinden. — Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute in Posen tagende Hauptversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus wendet sich mit Entschiedenheit dagegen, daß bei der Einbürgerung von Ausländern sowie bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis die Religion irgendwie als Hinderungsgrund betrachtet wird."

Saloniki. (Die Juden in Saloniki.) Die Griechen Salonikis, die seit der Besitzergreifung des Landes durch ihre Armee selbstredend eine ganz andere Rolle spielen, als es unter türkischer Herrschaft der Fall gewesen, haben letzthin mehrfach in ihren hiesigen Blättern gegen die israelitische Bevölkerung der Stadt Stellung genommen. Doch wurden diese Auslassungen, die sogar so weit gingen, die Juden hier als Fremde zu bezeichnen, die nur ihr Bündel zu schnüren brauchten, wenn es ihnen nicht mehr passe, auch in den ernst zu nehmenden griechischen Kreisen mißbilligt. Man hat sich schon seit vielen Monaten mit der Frage der wirtschaftlichen Zukunft Salonikis beschäftigt, und wenn dabei in den israelitischen Kreisen mehr Verständnis und mehr Eifer für die Sache gezeigt wird, so ist das auch ganz verständlich, denn die größten Handelshäuser des Platzes gehören Israeliten, die große Mehrzahl der Bevölkerung besteht aus Juden. Es hat den Anschein, als ob gerade die ganz berechtigte Kritik, die in diesen Kreisen über Maßnahmen der griechischen Regierung gefällt wurde, das Mißfallen mancher Griechen wachgerufen hätte, welche die Ansicht vertraten, daß diese Kritik nun nicht mehr Sache der Jsraeliten, sondern Sache der Griechen sei. Die Eifersucht war wachgerufen worden, es entstand ein recht geschmackloses Zeitungsgeplänkel, und es schien, als ob sich eine tiefer gehende Erregung zwischen Griechen und Israeliten herausbilden wollte. Dies wäre im Interesse des Handels sehr bedauerlich gewesen, und man kann es nur mit Genugtuung begrüßen, daß der Sache vorläufig die Spitze abgebrochen worden ist. Heute bedarf es des energischen Zusammenarbeitens der beiden Elemente, damit die griechische Regierung zu solchen Maßnahmen gedrängt wird, die den Handel Salonikis zu retten geeignet sind. Leider ist schon viel Zeit verloren worden, und die wirtschaftliche Tätigkeit des einst so lebhaften Handelsplatzes ist immer tiefer gesunken, bis nun auch die enragiertesten Patrioten einsehen, daß es so nicht weiter gehen kann.

Bukarest. (Auswanderung jüdischer Reservisten.) Mehrere hundert jüdische Reservisten, die den letzten Krieg gegen Bulgarien mitgemacht haben und denen entgegen dem Versprechen der Regierung die Verleihung der Bürgerrechte vorenthalten wird, haben beschlossen, auszuwandern, vorher jedoch eine Fußtour durch das Land, geschmückt mit der Kriegserinnerungsmedaille, zu machen. Der Minister des Innern Morteun läßt nunmehr mitteilen,

daß er diese Fußtour nicht zulassen werde und jenen jüdischen Reservisten, welche tatsächlich auswandern wollen, die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen werde.

Petersburg. (Offizielle Drohungen gegen die Juden in Rußland.) In der jüdischen Bevölkerung Odessas haben Aeußerungen des Stadthaupts Pelikan einem Mitarbeiter der „Od. Now." gegenüber Beunruhigung hervorgerufen. Das Stadthaupt hat unter anderem erklärt: „Im Hinblick auf die gegen uns in der Presse gerichteten Hetzartikel steigt die Welle des Volksunwillens immer höher. Man kann jetzt nicht mehr für den folgenden Tag eintreten, der dem Judentum blutige Vergeltung bringen kann." Noch deutlicher hat sich das Stadthaupt, Herr Pelikan, einem Korrespondenten der fortschrittlichen „Kiewsk. Mysl" gegenüber ausgesprochen. Er sagte: „Es erwarten Sie in nächster Zeit Pogroms, mit denen verglichen die Oktobertage des Jahres 1905 nur ein Kinderspiel sein werden." — „Ist denn bei Ihnen alles zu einem blutigen Gemetzel bereit?" fragte darauf der Zeitungsvertreter. — „Seien Sie ruhig," antwortete das Stadtoberhaupt, „sieht man es denn nicht, daß jetzt alles sich auf eine zweite Revolution zuspitzt? Wir werden aber jeden Versuch dazu in Strömen Blutes ersticken. Und, glauben Sie mir, in erster Linie werden meine Parteigenossen mit Ihnen und Ihren Redaktionen abrechnen. Jetzt werden wir aber schon nicht mehr aufs Geratewohl dreinschlagen, sondern alle unsere Schläge gegen Ihre Vertreter der Intelligenz richten. Und die Abrechnung wird schonungslos und energisch sein — ich sage Ihnen das voraus!" Auf die Frage des Korrespondenten, ob er gestattete, seine düsteren Prophezeiungen zu veröffentlichen, erklärte Herr Pelikan: „Halten Sie das, wie Sie wollen. Wir fürchten nichts. Wir verteidigen ja hier, im Zentrum der Fremdstämmigkeit, die russischen Interessen."

WIEN, I., Bauernmarkt 3
Telephon 18.950

Brandstätte 7
Telephon 20.970

Bisher bezahlte Entschädigungen:
K 38,000.000

HAFTPFLICHT-,
UNFALL-,
EINBRUCH-,
WASSERSCHADEN-
VERSICHERUNGEN.

Gewährleistungs-Fonds:
Ueber 21,000.000

Erste Oesterreichische
ALLGEMEINE UNFALL-VERSICHERUNGS-GESELLSCHAFT

EMANUEL MARTIN's NACHF.

REGINE WERMER

Herren-, Damen- und Kinderwäsche, Kragen und Manschetten eig. Erzeugung. Exakteste ' usführung. Wirkwaren, Handschuhe, Krawatten, Hosenträger.

WIEN, VII. BEZIRK, BURGGASSE 79

HERREN-WÄSCHE

En gros — Gegründet 1695 — En detail

Leinen- und Manufakturwaren-Niederlage

zum weißen Löwen.

C. KRATZER & CO.

Wien, I., Hoher Markt 2.

Filiale: Wien, IX., Währingerstrasse Nr. 21.

Telephon Nr. 18596.

Spezialist in **Brautausstattungen** in allen Preislagen. Bei auswärtigen Aufträgen genügt Postkarte. Versand gegen Nachnahme.

DAMEN-WÄSCHE



Unseren Lesern bestens empfohlen:

DROGERIE UND PARFUMERIE

STRUBECKER & HOLLUBER

„Zum goldenen Einhorn"

Wien, I., Lichtensteg 3 nächst dem Hohen Markt.

Gegründet 1816. Telephon 18.429.

JOHANN BRIM ~ TAILLEUR

WIEN II. BEZIRK, PRATERSTRASSE NR. 7

IM HOTEL CONTINENTAL

ANFERTIGUNG NACH MASS ALLER GATTUNGEN HERRENKLEIDER ▴ ▴ ▴ SPEZIALIST IN SPORT▴ KOSTÜMEN IN NUR FEINSTER AUSFÜHRUNG ▴ ▴ LAGER VON ORIGINAL ENGLISCHEN STOFFEN ALTES RENOMMEE ▴ ▴ ▴ BESTENS EMPFOHLEN

Gold, Silber- u. Juwelenwaren

Eigene Erzeugung

Rudolf Riesinger's Nachfolger

FRIEDRICH FUHRMANN

Wien, VII., Burggasse 86 Gegründet 1892

Empfiehlt sein Lager v. **Gold-, Silber- u. Juwelenwaren** sowie auch **Uhren** zu den billigsten Preisen. Alle Arten Reparaturen sowie Neuarbeiten, Vergoldungen und Versilberungen werden gewissenhaft und billigst ausgeführt. Altes Gold und Silber wird zu den höchsten Preisen gekauft oder umgetauscht.

SPEZIAL=MIEDERHAUS

„LA COMTESSE"

R. DWOŘÁK ▴ WIEN

I., SINGERSTRASSE NR. 11, I/4

TELEPHON NR. 10863. — BEI AUSWÄRTIGEN AUFTRÄGEN WIRD UM EINSENDUNG DER GENAUEN MASSE (BRUST, TAILLE, HÜFTEN), SOWIE ANGABE DER LÄNGE DES GANZEN MIEDERS GEBETEN

Vollständige Brautausstattungen. Gegründet 1873. **Lager von Flaumen-Decken.**

Bettwaren-Fabriks-Niederlage von Philipp Lauer's Nachf.

Wien, Neubau, Siebensterngasse 5 (an der Tramway-Haltestelle).

Empfiehlt ein reichsortiertes Lager von allen Gattungen Bettwaren, und zwar: Eisenbetten, elastische Betteinsätze, Drahteinsätze, Roßhaar- und Seegras-Matratzen. — Abgenähte Bettdecken in Atlas, Seide, Kaschmir, Rouge und Percail. Plumeaux mit feinsten Flaumen gefüllt. — Deckenkappen und Bettwäsche, fertige Duchenten mit Flaumen oder Federn gefüllt. — Polster mit Federn oder Roßhaar gefüllt. — Duchent- und Polster-Federrieten, besetzt, in allen Größen vorrätig. Großes Lager von Bettfedern, Flaumen, Dunen und Roßhaaren von der billigsten bis zur feinsten Qualität. Eisen-Gitterbetten, vollständig eingerichtet, und Dienerschafts-Betten. Auch werden alle Umänderungen von Matratzen etc. angenommen und schnellstens ausgeführt und Bettfedern mittelst Dampf gereinigt.



Drogerie und Parfümerie

Theodor Reimer, Wien, 8. Bez.,

Fernruf 39.267 *Langegasse 65* *Fernruf 39.267*

nächst Alserstrasse und Allgem. Krankenhaus.

FELIX POTIN, PARIS

Chocolade, Kakao, Bonbons, Konfiserien, Kanditen, Kompote, Marmeladen, Biskuits, Gemüse-, Fleisch-, Trüffel- u. Fischkonserven, Gansleber asteten, Sardinen, Hors d'oeuvre, Mixed Pikles, Senf, Olivenöl, Vinaigre d'Orléans, Epices, Prunes d'Ente etc.

Cognac und Liqueure, Champagner-, Bordeaux- und Burgunderweine.

Generalvertreter für Österreich-Ungarn:

Louis Erhart, Wien, II., Im Werd 9.

Detailverkauf obiger Liqueure in den Filialen von Paul Fischer, Wien

I, Eschenbachgasse 5 und XIII., Hietzinger Hauptstrasse 15.

Kunstblumen- und Schmuckfedern-Erzeugung

en gros und en detail

Anna Gerstl Nfg. Marie Schrimpf

Gegründet 1865 **Wien, VII., Kirchengasse 5** Postscheck 84.279

Alle Gattungen Hutblumen und Bukette, das Neueste in Grabkränzen, Jardinière-Ball- und Brautgarnituren in reicher Auswahl. — **Alle Gattungen Stroh- und Filzhüte, Hutformen.** — Reparaturen rasch und billigst.

Bei auswärtigen Aufträgen genügt Postkarte. — Versand überallhin gegen Nachnahme.

Erstklassiges

כשר RESTAURANT כשר

Vom April bis September ist Prachtsaal, geeignet für Hochzeiten, :-: Diners etc., Fassungsraum 400 Personen zu vergeben. :-:

Hausspezialität: **Täglich warme PFEFFERKARPFEN und HECHTE.**

Ausschank: **Schwechater Lager und Pilsner Bier.**

:: HOTEL STEFANIE :: **M. Operer** II., TABORSTRASSE 12

Redaktion und Administration: Wien, IX/3, Universitätsstrasse 8
Telephon 19277.
Herausgeber: »Oesterreichisch-israelitische Union«. — Verantwortlicher Redakteur Siegfried Fleischer — Druck von L. Beck & Sohn.